



## ***Kliquensystem* oder Parteienproporz? Beratungen und Entscheidungen des badischen Staatsministeriums in der Anfangsphase der Weimarer Republik 1919/20**

Bearbeitet von Hans-Georg Merz

### **Ein Neuanfang: *Novemberrevolution***

Viel weniger als die badische Revolution von 1848/49 beflügelt augenscheinlich ihre *Nachfolgerin* 70 Jahre später die historische Phantasie der Nachwelt. In der Tat waren Hoffnungen auf den *Frühlingsflor* (Heinrich Heine) einer besseren und gerechteren Gesellschaft, *ein ungeheurer Enthusiasmus, der jubelnde Aufschrei einer befreiten Volksseele*,<sup>1</sup> in der *Novemberrevolution* kaum anzutreffen und wohl eher fehl am Platz. Vor dem Hintergrund enormer Lasten und Probleme, die aus der für die Mehrzahl der Zeitgenossen unerwarteten Kriegsniederlage resultierten – zum Beispiel Demobilisierung, Arbeitslosigkeit, Grenzlandsituation Badens infolge der Abtretung von Elsaß und Lothringen an Frankreich – verdient ohne Zweifel der vergleichsweise reibungslose Machtwechsel, der unspektakuläre Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie, eine um so positivere Bewertung.

In rascher Folge wurden wichtige politische Entscheidungen getroffen: Der Vorsitzende der *Vorläufigen Volksregierung*, Anton Geiß (SPD), erreichte von der großherzoglichen Familie den Verzicht auf den Thron, so daß die republikanische Staatsform *sozusagen auf legale Weise* ins Leben trat.<sup>2</sup> Bereits am 5. Januar 1919, 14 Tage vor der Wahl der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, wählte die Bevölkerung des nunmehrigen *Freistaates*, darunter erstmals die Frauen, eine Badische Verfassungsgebende Nationalversammlung. Die in einem Plebiszit von mehr als 90 Prozent der Abstimmenden gebilligte Landesverfassung trat vor der Reichsverfassung in Kraft.

Ob indessen republikanische Politiker – nicht nur in Karlsruhe – über die rechtliche und institutionelle Neuordnung hinaus ihre *Handlungsspielräume* ausschöpften, ist eine unter Historikern umstrittene Frage.<sup>3</sup> Aus *sachlichen* Gründen wollten jedenfalls führende badische Politiker in Regierung und Parlament auf erfahrene Verwaltungsexperten nicht



Das Palais Fürstenberg, ganz links das Staatsministerium, 1932.  
Aufnahme: Generallandesarchiv Karlsruhe



Das Staatsministerium; links der dreieckige Eckpavillon, rechts das Corps de Logis.

Vorlage: Fritz Hirsch, 100 Jahre Bauen und Schauen, 1928

verzichten, selbst um den Preis einer weiteren Verwendung teilweise demokratiekritischer oder offen antirepublikanischer Persönlichkeiten. So gab es zum Beispiel für das Kabinettsmitglied Ludwig Marum (SPD) im September 1919 keinen Zweifel: *Um einen Verwaltungsposten richtig auszufüllen, sei etwas mehr nötig als bloß gute sozialdemokratische Gesinnung ... Die Arbeiter müßten erst geschult und in die Lage versetzt werden, solche Posten zu versehen.*<sup>4</sup>

Konfliktlinien dieser Art, unterschiedliche Auffassungen über Personalpolitik, Stellenbesetzungen und Ämterpatronage beschäftigten deshalb immer wieder das badische Staatsministerium.

## Die erste verfassungsmäßige Regierung der demokratischen Republik Baden

Nach § 52 der neuen Verfassung wählte der badische Landtag die Mitglieder der Regierung, des Staatsministeriums. Ferner bestimmte er aus ihrer Mitte alljährlich den Staatspräsidenten, der als *primus inter pares* die Regierung nach außen vertrat und bei Stimmengleichheit den Ausschlag gab. Die Zahl der Minister war gesetzlich vorgeschrieben; zusätzlich konnten Staatsräte berufen werden, die kein eigenes Ressort, aber Sitz und Stimme im Kabinett hatten. Zuständig war das parlamentarisch verantwortliche Staatsministerium für die Ausfertigung und Verkündung der Gesetze sowie für die Überwachung ihres Vollzugs. Außerdem verfügte es die Anstellung der Beamten.

Der am 2. April 1919 gewählten Regierung des Typs *Weimarer Koalition* gehörten sieben Minister aus drei Parteien an:

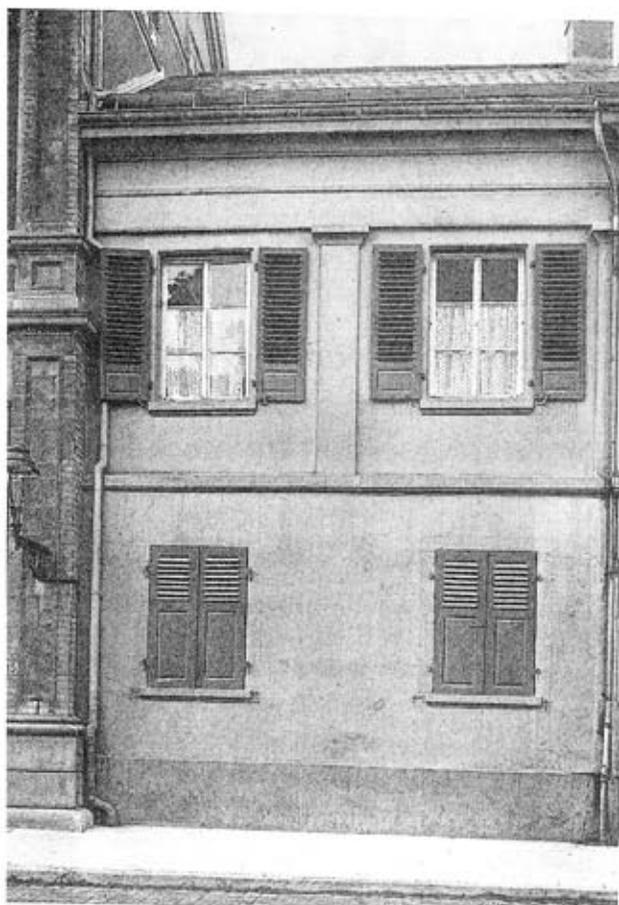
Für die SPD: Anton Geiß als Staatspräsident und Minister für militärische Angelegenheiten; Innenminister Adam Remmele und Leopold Rückert als Minister für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten.

Für das Zentrum: Finanzminister Joseph Wirth und Justizminister Gustav Trunk.

Für die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP): Der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Hermann Dietrich, und Hermann Hummel als Minister für Kultus und Unterricht.

Die Posten der Staatsräte hatten drei Zentrumspolitiker (Köhler, Weißhaupt, Wittemann), zwei Sozialdemokraten (Engler, Marum) und ein Liberaler (Haas) inne.

Obwohl die Minister und Staatsräte Regierungserfahrungen in großherzoglicher Zeit nicht sammeln konnten, waren sie keineswegs *politische Amateure*. Infolge teilweise langjähriger Tätigkeiten als Stadträte (zum Beispiel Trunk,



Das Staatsministerium; westlicher Verbindungsbau zwischen Corps de Logis und Flügelbau.

Vorlage: Fritz Hirsch, 100 Jahre Bauen und Schauen, 1928

Remmele), als Reichstagsabgeordneter (Wirth) oder als Mitglieder des Landtags (zum Beispiel Geiß, Dietrich, Hummel, Köhler) waren sie alle mit politischen Problemen und Methoden wohl vertraut. Daß es jedoch keine adligen Minister mehr gab und einige ihrer Nachfolger früher nicht *regierungswürdigen* Schichten entstammten, zeigt den Wandel der Zeit.

Anton Geiß (1858–1944), Sohn eines Landarbeiters und von Beruf Schreiner, war seit 1895 als Gastwirt in Mannheim tätig. Im gleichen Jahr wurde er in den Landtag gewählt. Selbst politische Gegner würdigten den Staatspräsidenten der Jahre 1919/20 als *gediegenen Mann mit gesundem Menschenverstand*.

Kultusminister Hermann Hummel (1876–1952) war Gymnasiallehrer und von 1909 bis 1925 Mitglied des Landtags; als Minister amtierte er von 1919 bis 1922, 1921/22 zugleich als Staatspräsident. Nach 1923 übernahm er eine führende Funktion in der chemischen Industrie.

Hermann Dietrich (1879–1954), 1909–1914 Bürgermeister in Kehl, 1914–1919 Oberbürgermeister in Konstanz, war der letzte badische Außenminister. Seit 1928 wirkte er in mehreren Reichskabinetten zuerst als Ernährungsminister, dann als Wirtschaftsminister und Vizekanzler.

Die größte politische Prominenz von allen badischen Ministern erlangte Finanzminister Joseph Wirth (1879–1956), Sohn eines Maschinenmeisters, der bereits 1920 dasselbe Ressort in der Reichsregierung übernahm. Vom Mai 1921 bis zum November 1922 stand er als Kanzler an der Spitze der Reichsregierung. Sein Nachfolger in Baden wurde Staatsrat Heinrich Köhler (1878–1949), der 1927 als Reichsfinanzminister ebenfalls nach Berlin berufen wurde.

Von kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen hatte das im Frühjahr 1919 begründete Regierungsmodell bis Ende 1932 Bestand. Es sicherte Baden eine politische Stabilität, wie sie ähnlich nur wenige andere deutsche Länder in der Weimarer Zeit kannten.

## Die Sitzung des badischen Staatsministeriums am 19. Dezember 1919

*Tagesordnungspunkt: „Besetzung einiger freier Stellen bei der Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen“*

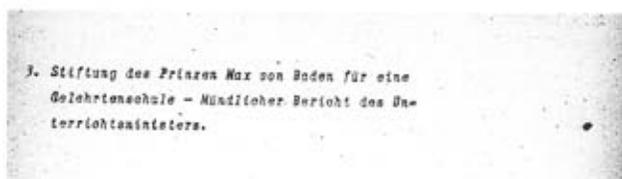
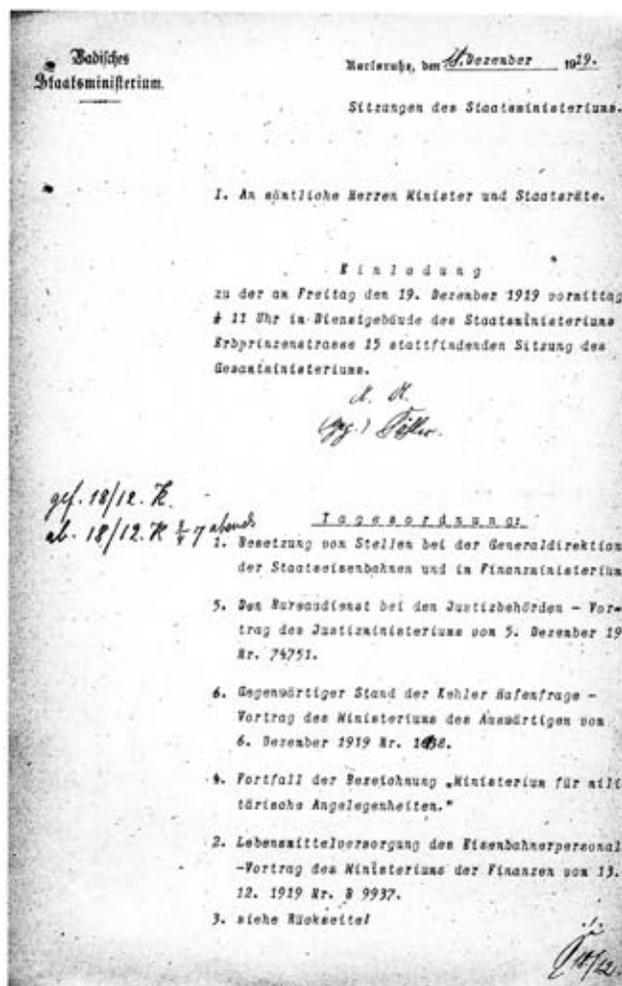
Die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst ist häufig mit Konflikten verbunden. Auch die Minister der badischen Republik machten rasch diese Erfahrung. So verlangten beispielsweise Beamtenverbände einerseits verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten für ihre Mitglieder und protestierten andererseits gegen nach ihrer Ansicht zu große Parteieinflüsse auf die Personalpolitik der Regierung.

Politisch kompliziert versprach ein Fall zu werden, über den Minister Wirth, als Chef des Finanzressorts für das Eisenbahnwesen zuständig, am 20. Oktober 1919 erstmals dem Staatsministerium berichtete. Ein *veralteter Bürokratismus*, unter dem vornehmlich mittlere und untere Beamte zu leiden hätten, außerdem Vorwürfe des Generaldirektors der Staatseisenbahnen, Julius Schulz, gegenüber Wirth, dass er *einen Eisenbahnbeamten empfangen hat*, ließen diesen Personalveränderungen erwägen. Über den Hintergrund der Ausführungen des Finanzministers mußte die Kabinettsrunde nicht eigens aufgeklärt werden. Daß in monarchischer Zeit Anhänger der damals *regierenden* nationalliberalen Partei im Kollegialorgan der Generaldirektion dominierten, während die Sympathisanten anderer Parteien kaum Aufstiegschancen besaßen, war eine weithin bekannte Tatsache. Ausführlich behandelte das Staatsministerium diese Problematik in seiner Sitzung am 19. Dezember 1919 (Abbildung des Protokolls auf den Seiten 4/5).<sup>5</sup> Wirth schlug die Neubesetzung von acht Stellen, davon sieben im Führungsgremium der Staatseisenbahnen vor. Befördert werden sollten vor allem zwei Beamte, Josef Bertram und Franz Hauser, die als Zentrumsangehörige bislang benachteiligt worden seien. Seiner Forderung verliet er mit einer Rücktrittsdrohung besonderen Nachdruck. Hauptsächlich an die beiden liberalen Minister Dietrich und Hummel richtete sich eine persönliche Erklärung, die als Anlage dem Sitzungsprotokoll beigelegt ist: Darin bekräftigte Wirth seinen Widerstand gegen *ein solches Cliqueswesen*, das *mit der Idee einer Koalitionsregierung völlig unverträglich sei*.

### Das Kabinettsprotokoll als historische Quelle

Kabinettsprotokolle sind bedeutsame Staatsdokumente, die über die Absichten, politischen Interessenschwerpunkte, Prozesse der Willensbildung und Entscheidungen des wichtigsten Exekutivorgans eines Staats beziehungsweise eines Landes Auskunft geben (sollen).

In *formaler* Hinsicht besitzt die *Niederschrift über die Sitzung des Staatsministeriums vom 19. Dezember 1919* die Merkmale, die Kabinettsprotokollen eigen sind. Der *Kopf* des Textes nennt das Datum der Zusammenkunft (nicht jedoch die Dauer derselben) sowie die Teilnehmer in protokollarischer Rangfolge vom Staatspräsidenten bis zum Schriftführer, einem Beamten aus dem Ministerium für militärische Angelegenheiten, das die Büroarbeiten für das Staatsministerium besorgte. Die handschriftlichen Verbesserungen einiger Textstellen dürften von diesen beiden Personen stammen. Neben dem Arbeitsminister fehlten drei Staatsräte. Der tatsächliche Ablauf der Sitzung entsprach jedoch nicht der ursprünglichen Planung, wie aus der allen Regierungsmitglie-



Aufnahme: Generallandesarchiv Karlsruhe

dem übermittelten Einladung vom 18. Dezember 1919 hervorgeht: Laut Tagesordnung sollten sechs Themen, darunter zum Beispiel die Lebensmittelversorgung des Eisenbahnpersonals und der *Bureaudienst* bei den Justizbehörden, behandelt werden. Beraten wurden schließlich nur zwei Problemfelder: offensichtlich nur kurz die Lage des französisch verwalteten Kehler Hafens, sehr ausführlich dagegen, ohne abschließendes Ergebnis, die Personalsituation in der Generaldirektion der Staatseisenbahnen. Allein schon die Änderung des zeitlichen Rahmens macht die Brisanz der Frage deutlich.

Unter *inhaltlichem* Aspekt unterscheidet sich die *Niederschrift* von vielen Protokollen, die Regierungsaktivitäten in unterschiedlichen Epochen dokumentieren. Hauptsächlich aus Furcht vor Indiskretionen enthalten diese oft nur knappe Mitteilungen über die Gegenstände und Ergebnisse der kabinetsinternen Diskussionen. Wesentlich mehr ist dagegen aus dem Sitzungsbericht vom 19. Dezember 1919 zu erfahren. So werden zum Beispiel verschiedene *Techniken* der Argumentation und Kommunikation sichtbar: die Verwendung exklusiver Informationen zur Rechtfertigung der eigenen Position sowie die Deutung des Konflikts als grundsätzliche Angelegenheit (Wirth); die Reduzierung desselben auf einen Fall eher persönlicher Gegnerschaft (Hummel); das kalkulierte Aufwer-

N i e d e r s c h r i f t

über die

Sitzung des Staatsministeriums vom 19. Dezember 1919.

Anwesend:

Staatspräsident Geiss,

die Minister:

Dietrich, Husmel, Rennels, Irunk, Wirth,

die Staatsräte:

Köhler, Marum, Wittmann,

als Schriftführer:

Antmann Dr. v. Nicolai.

\*\*\*\*\*

I. Minister Dietrich berichtet über die mit den Franzosen wegen des Kehler Hafens geführten Verhandlungen, die bis jetzt noch zu keinem Abschluss gelangt sind. Dem Staatsministerium wird hierüber seiner Zeit Vortrag erstattet werden.

II. Der Finanzminister erörtert die Besetzung einiger freier Stellen bei der Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen. *Erledigt sind 5 Stellen von Kollegialmitgliedern sowie die Stelle des zweiten Beamten der Arbeiter Betriebs- und Pensionskrankkasse. Ausserdem sind zwei weitere Kollegialmitgliederstellen, die im nächsten Staatsvorschlag etatsmässig angefordert werden, kommissarisch zu besetzen.*

In Uebereinstimmung mit der Generaldirektion bringt Minister Dr. Wirth für diese Stellen in Vorschlag:

1./ als Kollegialmitglieder: die Oberbauinspektoren

Ganz und Schmidtspahn, Bauinspektor May, sowie Betriebsinspektor Wachs.

2./ als kommissarische Kollegialmitglieder: ~~die~~ Betriebsinspektoren Dr. Heft und Hauser.

3./ als zweiten Beamten der Arbeiter Betriebs- und Pensionskrankkasse: Oberrevisor Trautmann.

Für die noch zu besetzende Stelle eines Kollegialmitglieds hält Minister Dr. Wirth den Oberbetriebsinspektor Bertram für ~~besonders~~ geeignet. Mit diesem Vorschlag stehe er im Gegensatz zur Generaldirektion, wo er in einer Sitzung mit sämtlichen Abteilungsvorständen diese Angelegenheit erörtert habe. Dabei habe er die Ueberzeugung gewonnen, dass Oberbetriebsinspektor Bertram von seiner vorgesezten Dienststelle nicht gerecht beurteilt werde und er mache daher dessen Ernennung zum Kollegialmitglied in der Generaldirektion zu seiner eigenen Sache.

Seitens des Geh. Oberbaurats Courtin sei Bertram als gewissenhafter und fleissiger Beamter geschildert worden, der für den wichtigsten Posten; die Betriebsinspektion Mannheim vorgesehen sei. Trotzdem habe ihn Courtin als ungeeignet für die Generaldirektion bezeichnet. Ein ähnliches Urteil habe auch der Personalfreferent Regierungsrat Fromm abgegeben. Auf die Frage des Ministers, auf welchen Gründen diese Abneigung gegen Bertram beruhe, habe Fromm folgende beide Anklagen erhoben:

1./ Bertram habe vor einigen Jahren eine politische Rede gehalten, in der er sich als verfolgt hingestellt habe.

2./ Bertram habe wiederholt als Gutachter bei Eisenbahnunfällen eine merkwürdige Rolle gespielt, indem er mit halben Herzen aufseiten



fen einer provozierenden Frage, deren Berechtigung der Adressat bestreitet, ohne sie aber als verletzende Anschuldigung mit scharfer Verwahrung zurückzuweisen (Wirth – Dietrich). Das Schweigen der sozialdemokratischen Minister könnte darin begründet sein, daß sie Interessen ihrer Partei – noch – nicht berührt sahen.

Wie andere Kabinettsprotokolle ist die Niederschrift vom Dezember 1919 keineswegs als *Darstellung der reinen Wahrheit* (Michael Alfred Kanther) zu verstehen. Gleichwohl bietet sie mehr als nur die Themen und das Resultat der Beratungen. Dies änderte sich in den 20er Jahren, als auch in Baden die Wege der Entscheidungsfindung innerhalb der Regierung nur noch in seltenen Fällen aufgezeichnet wurden.

## Die Personalentscheidungen des Staatsministeriums

Die Beschlüsse über die fälligen Stellenbesetzungen fielen in zwei späteren Sitzungen des Kabinetts. Am 23. Dezember 1919 folgte es den Vorschlägen des Finanzministers und ernannte alle sieben Beamten zu Kollegialmitgliedern der Generaldirektion der Staatseisenbahnen. Zuvor hatte Wirth eine Erklärung verlesen, in der er sein Bedauern aussprach über das, was formell geeignet gewesen ist die Gegenseite zu verletzen. Wirths Bedingung, diese müsse sich in gleicher Weise äußern, erfüllte Kultusminister Hummel, der von Generaldirektor Schulz dazu ermächtigt worden war. Interessan-



*Geiß.*  
 Ministerpräsident  
 d. badischen Landesregierung

Anton Geiß, geboren am 12. August 1858 in Rettenbach/Ostallgäu, gestorben am 3. März 1944 in Schriesheim, 1919–1920 badischer Staatspräsident. Vorlage: Stadtarchiv Mannheim (Bildsammlung Inventar Nr. 16045)

## Staatsministerium.

Geiß Anton, Staatspräsident.  
 Trunf Gustav, Stellv. Staatspräsident u. Justizminister.  
 Dietrich Hermann, Minister des Auswärtigen.  
 Hummel Hermann, Minister des Kultus u. Unterrichts.  
 Kemmelt Adam, Minister des Innern.  
 Rückert Leopold, Arbeitsminister.  
 Wirth Dr. Josef, Finanzminister.

Staatsräte: Wilh. Engler, Dr. Ludw. Haas, Gch. Köhler, Ludw. Marum, Jos. Weichaupt, Wittemann.

Die Bürogeschäfte des Staatsministeriums werden im Ministerium für militärische Angelegenheiten befohrt.

Vorlage: Langs Badischer Geschäfts-Kalender für 1920, S. 26 (Universitätsbibliothek Freiburg im Breisgau)  
 Aufnahme: Hauptstaatsarchiv Stuttgart

terweise erklärte im April 1920 Wirths Parteifreund und Nachfolger als Finanzminister, Heinrich Köhler, vor dem badischen Landtag, daß die jetzige Leitung der Generaldirektion wirklich in der Hand eines sozial und fortschrittlich denkenden Mannes liegt.<sup>6</sup>

Schwierigkeiten gab es bis zuletzt im Hinblick auf die Absicht Wirths, die Stelle des zweiten Beamten bei der Betriebskranken- und Arbeiterpensionskasse der Staatseisenbahnen mit dem Ersten Vorsitzenden des Verbands der Beamten- und Lehrervereine Badens, Ernst Trautmann, zu besetzen. Gegen die Berufung des DDP-Mitglieds erhob nun die SPD Einspruch, die verlangte, dass diese Stelle mit einer ihr nahestehenden Persönlichkeit besetzt wird. Dennoch entschied das Staatsministerium am 28. Januar 1920 zugunsten Trautmanns, für den dadurch aber, wie ausdrücklich vereinbart wurde, ein Anspruch auf den Posten des Vorstands bei der Betriebskrankenkasse nicht begründet werden sollte.

Neben den Staatseisenbahnen Preußens, Bayerns, Württembergs und anderer Länder wurde im Frühjahr 1920 auch die badische vom Reich übernommen (*Verreichlichung*). Seitdem besaß die Karlsruher Regierung in diesem Verwaltungszweig keine eigenständige personalpolitische Kompetenz mehr. Zukünftig galt ihre Hauptsorge der *Wahrung des landsmannschaftlichen Charakters bei Besetzung der Beamtenstellen*.

Hauptakteur in dem Verfahren der Besetzung von Spitzenpositionen in der Generaldirektion der Staatseisenbahnen war der badische Finanzminister und spätere Reichskanzler Joseph Wirth. Dem von ihm so bezeichneten *Cliquenwesen*, der in großherzoglicher Zeit einseitigen Bevorzugung liberal eingestellter Beamter, stellte er ein pluralistisches Modell des Parteienproporz entgegen. So forderte er in der Kabinettsitzung am 23. Dezember 1919, daß die *Zugehörigkeit zur Zentrumspartei für Beamte kein Hinderungsgrund sein darf, in alle staatliche Behörden, sofern die sachliche Qualifikation vorliegt, hineinzukommen*. Eine ähnliche Position vertraten die in der Monarchie noch mehr benachteiligten Sozialdemokraten. Zweifellos wollten die beiden wichtigsten demokratischen Parteien mittels einer Politik der Ämterpatronage eigene Anhänger für geleistete beziehungsweise noch zu leistende Dienste belohnen; zugleich versuchten sie aber auch den nach wie vor großen Einfluß der im *alten System* verwurzelten Funktionsträger zu schwächen und auf diese Weise ihren eigenen personalpolitischen *Spielraum* zu erweitern. Sie handelten dabei gemäß der Tatsache, daß Ämterpatronage eine in Parteiensystemen fast selbstverständliche, bisweilen ärgerliche, in Grenzen aber notwendige Erscheinung ist.<sup>7</sup> Auf Verständnis bei der Mehrheit ihrer Zeitgenossen konnten sie dabei nicht rechnen.

## Anmerkungen

- 1 Friedrich Dernburg: Die Revolution von 1848/49 aus der Sicht eines Augenzeugen. In: Das Parlament Nr. 13 vom 20. März 1998. S. 17.
- 2 Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Stuttgart 1992. S. 308.
- 3 Klaus Schönhoven: Die republikanische Revolution 1918/19 in Baden und in Württemberg. In: Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten. Hg. von Hans-Georg Wehling und Angelika Hauser-Hauswirth. Stuttgart u. a. 1998. S. 99 ff.
- 4 Zitiert nach Peter Brandt und Reinhard Rürup: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19. Düsseldorf 1980. S. 99.
- 5 Die Protokolle der Sitzungen des badischen Staatsministeriums in den Jahren 1919 und 1920 befinden sich in den Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe 223/24313 und 233/24314; die Einladungen zu den Sitzungen mit der jeweiligen Tagesordnung sind gesammelt in 233/24307.
- 6 Verhandlungen des Badischen Landtags 1919–1920. Heft 525 b. Sp. 1511.
- 7 Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart 1995. S. 32 f.

*Rechts: Hermann Hummel, geboren am 22. Juni 1876 in Lahr, gestorben am 13. September 1952 in Krefeld, 1919–1922 badischer Kultusminister, 1921/22 badischer Staatspräsident.*

*Aufnahme: Generallandesarchiv Karlsruhe*



*Hermann Robert Dietrich, geboren am 14. Dezember 1879 in Oberprechtal, gestorben am 6. März 1954 in Stuttgart, 1918–1920 letzter badischer Außenminister, 1928–1932 Reichsminister.*

*Vorlage: Bundesarchiv Koblenz (Signatur 146/III/74)*



*Dr. Joseph Karl Wirth, geboren am 6. September 1879 in Freiburg, gestorben am 3. Januar 1956 in Freiburg, 1918–1920 badischer Finanzminister, 1921–1922 Reichskanzler.*

*Aufnahme: Generallandesarchiv Karlsruhe*

## XII. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

### A. Generaldirektion.

Generaldirektor: Julius Schulz, Staatsrat.

Abteilungsvorstände: Karl Bitterich, Oberregierungsrat, Vorstand der Verwaltungsabteilung.

Otto Hauger, Oberbaurat, Vorstand der Bauabteilung.

A. Courtin, Geh. Oberbaurat, Vorstand der Betriebsabteilung.

Adalb. Deisler, Oberreg.-Rat, Vorst. der Verkehrsabteilung.

Räte: Rud. Näher, Oberbaurat, Wilh. Schurr, Oberregierungs-

rat. Walter Schwarzmann, H. Zutt, Oberbauräte. Wilhelm

Dörrwächter, Karl Rectanus, Oberregierungsräte. Heinrich

Baumann, Heinr. Henz, Bauräte. Aug. Fingado, Reg. Rat.

Ferd. Grimm, Baurat. Edm. Armbruster, Georg Fiedler,

Dr. Edwin Koch, Regierungsräte. Ernst Müller, Fr. Land-

wehr, Bauräte. Dr. M. Koser, Regierungsrat; Jos. Viehler,

R. Gasteiger, Bauräte. Otto Schifferdecker, Dr. Max Fromm,

Regierungsräte.

Inspektionsbeamte: F. Zimmermann, Oberbetriebsinspektoren.

Herm. Ganz, Oberbauinsp. Dr. O. Hefft, Obermasch.-Insp.

Friedr. Weinbrenner, Ed. Michaelis, Max Weigel, Oberbau-

inspektoren. L. Kirsch, Oberbetriebsinsp. D. Marktstahler, St.

Fütterer, Herm. Stadel, Oberbauinsp. Karl Vollmäscher, Ad.

Hoß, Oberbetriebsinspektoren. F. Schember, Obermasch.-Insp.

Heinrich Athenstaedt, Rudolf Wachs, Eberh. von Beck, R.

Christian, Betriebsinspektoren.

### B. Hilfsbureau und Sekretariate.

Zentralbureau. Vorstand: L. Kirsch, Oberbetriebsinsp. Dr. O.

II. Beamte: A. Raif, Heinrich Athenstaedt, Rud. Wachs;

Eberh. von Beck i. o., Betriebsinspektoren. Bureaubeamte,

Karl Eichem, Ant. Hanauer, Leo Scherzinger, Rechnungsräte.

Hch. Seith, Ludw. Diehl, Hch. Deierling, Jos. Meyer, Friedr.

Ruzel, Karl Wödh, Oberrevisoren. Fritz Köhler, Oberreitf.

Sekretär. Ernst Schier, Jak. Wittmann, Rud. Wolf, Jos.

Schäffner, Jak. Fromm, H. Kögel, W. Edinger, G. Vig.

Karl Müller, Fr. Matzmüller, Theod. Helmstädter, August

Sacher, Adolf Stuh, Karl Mohr, Eug. Schellhammer, Heinr.

Karcher, Wilh. Würlein, Gustav Fader, Franz Fritsch, Eugen

Gauger, Eisenbahnsekretäre. Leop. Burger, Hch. Stoll, Karl

Bollmer, Osk. Penn, Wilh. Romacker, Wilh. Wadel, Richard

Jüngling, Herm. Bach, Franz Martin, Wilh. Schorf, Ottmar

Hch. Bürger, Otto Zoller, R. Reichert, F. Honold, E. Beh-  
ler, Jos. Vint, Wilh. Schädel, Ferd. Edert, Paul Heife,  
Jos. Hunn, Heinr. Schuhmann, Christ. Kumm, Rud. Frosch,  
Betriebsassistenten.

Bureau für Vertretung der Beamten- u. Arbeiterinteressen:

Ernst Trautmann, Oberrevisor (Vertreter der mittleren

Beamten), Karl Holzwarth, Maschinenwärter (Vertreter der

unteren Beamten), Wilhelm Romacker, Betriebsassistent

(Vertreter der unteren Beamten), August Schwall, Bureau-

vorsitzer (Vertreter der Arbeiter).

Betriebsbureau. Vorstand: Ludwig Schulz, Betriebsinsp. Dr.

II. Beamte: D. Schuler, Betriebsinsp. Bureaubeamte: Fr.

Knecht, Rechnungsrat. Betr.-Kontroll.: Fr. Benz, F. Storf,

A. Bernhard, F. Bohner, L. Grömminger, Karl Schnabel,

P. Würlein, F. König, H. Feld, W. Hoffsch, F. Verberich

R. Schumacher, A. Ehrlicher, Oberrevisoren. A. Topf, Otto

Peter, Eisenbahnsekt. D. Schmitt, R. Sperrnagel, J. Rut-

hart, Fr. Erbacher, Aug. Eiche, Gg. Fader, Fr. Greffer,

A. Bederer, R. Sütterlin 2, Alb. Spannagel, J. Reibel,

Gg. Hellmuth, Aug. Siebert, Eisenbahnsekt. D. Granget,

L. Dolnenbach, Betr. Ass. L. Marfert, Oberbauassistent. G. Greu-

lich, Bauassistent.

Maschinen-techn. Bureau. Vorstand: Dr. Otto Hefft, Obermasch.-

Insp., i. o. II. Beamte: Phil. Haas, Masch.-Insp., W.

Menningen, O. Masch.-Insp., B. Stadtmüller, Masch.-Insp.

H. Zimmerer, J. Hügler, R. Kücklin, Oberbauassistent. J. Schla-

ger, Schlang, R. Bauer, F. Sandrock, D. Jörg, R. Haus-

mann, J. König, G. Frey, R. Kastetter, Bauassistent. Bau-

zeichner: Alb. Schmidt, W. Dieb, A. Keller, Kirchhoffer,

Handloser, Beller, Bauass. E. Dietlache, Aug. Schön, Theod.

Derchner, G. Sekt. G. Avenmarg, Zeichner. Aug. Rist, A.

Früh, Fromm, Betriebsassistenten.

Elektrotechnisches Bureau. Vorstand: Fr. Schember, Obermasch.-

Insp., i. o. II. Beamte: J. Beutler, Fr. Schrant, Masch.-Insp.

H. Weber, C. Jung, W. Schneider, L. Stoll, Wilh. Blum,

Oberbauassistent. A. Wacker, M. Schuler, P. Rose, F. Schwankert,

Ferd. Jung, D. Staps, W. Hansen, H. Schweizer, Bauass.

R. Rinke, Bauass. A. Förderer, Bauzeichner. F. Frey, F.

Siegel, Betriebsassistenten.

Verkehrs-Bureau. Vorstand: Wilh. Fuchs, Betriebsinsp., i. o.

II. Beamte: E. Dorner, R. Rogge, Karl Christian, Betriebs-

inspektoren. Bureauvorstand: Wilh. Brill, Rechnungsrat.

Bureaubeamte: R. Richter, W. Merkle, J. Dürr, L. Broßmer,

Vorlage: Langs Badischer Geschäfts-Kalender für 1920, S. 180/181 (Universitätsbibliothek Freiburg im Breisgau)

Aufnahme: Hauptstaatsarchiv Stuttgart

## Literatur

Badische Biographien. Neue Folge. Band 1-4. Hg. von Bernd  
Ott. Stuttgart 1982, 1987, 1990, 1996

Günter Cordes: Krieg · Revolution · Republik. Die Jahre 1918  
bis 1920 in Baden und Württemberg. Eine Dokumentati-  
on. Ulm 1978

Hans-Ulrich Derlien: Verwaltung zwischen Berufsbeamtentum  
und Parteipolitik: Personalrekrutierung und Personalpa-  
tronage im öffentlichen Dienst. In: Politische Bildung  
21/2 (1988) S. 57-72

Gerhard Kaller: Baden 1918-1933. In: Die Regierungen der  
deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933. Hg. von  
Klaus Schwabe. Boppard/Rhein 1983. S. 145-162 und  
316-320

Michael Alfred Kanther: Kabinettsprotokolle. In: Einführung in  
die Interpretation historischer Quellen, Schwerpunkt:  
Neuzeit. Hg. von Bernd-A. Rusinek u. a. Paderborn u. a.  
1992. S. 171-184

Hugo Ott: Baden. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Band  
4: Das Reich als Republik und in der Zeit des National-  
sozialismus. Hg. von Kurt G. A. Jeserich u. a. Stuttgart  
1985. S. 577-786

## Verwendung im Unterricht (Fächer Geschich- te und Gemeinschaftskunde)

Im *Fach Geschichte* lassen sich verschiedene, gewöhn-  
lich eher weniger beachtete Aspekte der Frühzeit der Weima-  
rer Republik erarbeiten:

1. Politische Zusammensetzung und soziale Struktur eines  
Weimarer Koalitionskabinetts;
2. Zielsetzungen und Handlungsstrategien der einzelnen Re-  
gierungsparteien;
3. Bedeutung der politischen Einstellung der Beamtenschaft  
- besonders nach einem Systemwechsel.

Ergänzend bieten sich anhand des *historischen Materi-  
als* im *Fach Gemeinschaftskunde/politische Bildung* Überle-  
gungen zu eher grundsätzlichen Fragen der Voraussetzungen  
und Mechanismen parlamentarischen Regierens an:

1. Prozesse der Beratung und Entscheidung, Formen des po-  
litischen Stils in einer Mehrparteienregierung;
2. Nutzen und Nachteil der Ämterpatronage gemäß dem Par-  
teiproporz;
3. Bedeutung des Kompromisses als Mittel politischer Kon-  
fliktregelung.

Vervielfältigung mit Quellenangabe gestattet